



1 **Beschluss: Finger weg vom Klimaschutzgesetz**

2

3 Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in der NRW
4 SPD fordert die Bundestagsfraktion auf,

5 der vom Koalitionsausschuss beschlossenen Absicht, die im Klimaschutzgesetz ver-
6 ankerten Pflicht zur Sektoren bezogenen Reduktion der Jahresemissionsmengen
7 aufzugeben, nicht zu folgen und insoweit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes
8 nicht zuzustimmen.

9 Mindestens sollte bei der Abstimmung über die angekündigte Novellierung des Ge-
10 setzes der Fraktionszwang aufgehoben werden.

11

12 **Begründung**

13 Wird die Einigung des Koalitionsausschusses vom 28.03.2023 umgesetzt, so führt
14 das insbesondere dazu, dass das Klimaschutzgesetz entschärft wird: Im geltenden
15 Gesetz hat jeder Sektor wie z.B. Energie, Gebäude und Verkehr pro Jahr CO₂-Redu-
16 zierungsvorgaben, die eingehalten werden müssen. Das Verfehlen dieser Vorgaben
17 hat (an sich) Sanktionsmaßnahmen zur Folge (Sofortprogramme zur nachträglichen
18 Erreichung der Ziele). Der Verkehrssektor (und der Gebäudesektor) hat seine Vorga-
19 ben in den letzten zwei Jahr nicht erreicht - Kompensationsmaßnahmen wurden nicht
20 beschlossen.

21 Trotzdem soll nach dem Willen des Koalitionsausschusses diese jährliche Sektor-
22 Verpflichtung ersetzt werden durch eine sektorübergreifende und mehrjährige Ge-
23 samtrechnung. D.h. die Verfehlung der CO₂-Reduzierungsziele in einem Sektor (z.B.
24 Verkehr) kann durch (überobligatorische) Einsparungen in einem anderen Sektor
25 (z.B. Industrie) ausgeglichen werden. Kompensationsmaßnahmen werden erst erfor-
26 derlich, wenn die Gesamtemissionen aller Sektoren über der erlaubten Gesamtemis-
27 sionsmenge liegen. Dann muss die Regierung gemeinsam eine Lösung finden. Man
28 mag sich die Rangelei im Kabinett und die dabei entstehenden „faulen Kompro-
29 misse“ gar nicht vorstellen wollen.

30 Dass dabei Deutschland bis 2045 klimaneutral werden soll, ist ein unfrommer
31 Wunsch. Zumal feststeht, dass wir, wenn wir so weiter machen wie bisher, das 1,5
32 Grad-Ziel nicht erreichen können, sondern eher bei 2 Grad und mehr liegen werden.

33 Statt weniger Druck auf die notorisch schlechten Sektoren wie den Verkehrssektor
34 brauchen wir daher offensichtlich mehr Druckmittel, um Verbindlichkeit zur Errei-
35 chung unserer Klimaziele zu sichern.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

36 Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 28.3.2023 stehen deshalb auch
37 nicht mit der Forderung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Beschluss vom
38 24.03.2021 zur Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz in Einklang.
39 Danach hat der Gesetzgeber es zu unterlassen, die künftigen Emissionsminderungs-
40 lasten (nach 2030) nicht unverhältnismäßig hoch aufzutürmen, sondern die Pflicht,
41 zur Wahrung grundrechtlich gesicherter Freiheit insbesondere der nachfolgenden
42 Generationen diese hohen Lasten durch entsprechende Maßnahmen in den Jahren
43 bis 2030 abzumildern.

44 Die vorherige Regierungskoalition hat dementsprechend das Klimaschutzgesetz
45 2021 verschärft. Es erscheint deshalb höchst zweifelhaft, dass die geplante Aufwei-
46 chung des Gesetzes verfassungsrechtlich zulässig wäre.

47 Politisch wäre es ein historischer Treppenwitz, dass die amtierende selbst ernannte
48 „Fortschrittskoalition“ hinter den erreichten Klimaschutz zurückfällt und der CDU/CSU
49 die Chance einräumt, sich als „Klimaschutzhüter“ aufzuspielen.

50 Die SPD sollte hier kein gemeinsames Spiel mit der FDP spielen.

51